



Polizei Kanton Solothurn  
Werkhofstrasse 33  
4503 Solothurn

## **Vernehmlassung: Stellungnahme zur Vorlage «Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei und Änderung des Gebührentarifs»**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn bedankt sich für die Gelegenheit, zur obigen Vorlage Stellung nehmen zu können.

### **I. Grundsätzliches**

Die SP Kt. Solothurn stimmt der Vorlage zu. Für die SP Kt. Solothurn ist wichtig, dass in der Praxis die Auslegung des Begriffs «Gefährder» eng gefasst wird. Beim Kostenersatz durch die verursachende Person ist es aus unserer Sicht angebracht, grosszügig von den Möglichkeiten der Gebührenreduktion oder des Gebührenerlasses gebrauch zu machen.

Die Vorlage setzt die Vorgaben des PMT-Mantelgesetzes in kantonales Recht um. Die SP Kanton Solothurn hat sich bei der Abstimmung zum PMT-Gesetz für ein Nein zur nationalen Vorlage eingesetzt. Entsprechend wichtig ist für die SP Kt. Solothurn, dass den Kritikpunkten aus dem Abstimmungskampf in der Umsetzung auf kantonaler Ebene Rechnung getragen wird.

Einer der Hauptkritikpunkte im Abstimmungskampf war die Verwendung des sehr weit gefassten Begriffs «Gefährder/terroristischer Gefährder» im Bundesgesetz. Für die SP Kt. Solothurn ist es ein Anliegen, dass sowohl das Kantonale Bedrohungsmanagement und der Rechtsdienst der Kantonspolizei beim Antragsrecht des KBM an das Fedpol die Gesuche streng prüft und den Begriff «terroristischer Gefährder» in der Praxis nicht zu weit auslegt.



Sozialdemokratische Partei  
Kanton Solothurn

Die dienstrechtlichen Anpassungen sind für die SP Kt. Solothurn unstrittig.  
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn**

Niels Kruse, Parteisekretär

Solothurn, Januar 2022